

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakate, Prospekten ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. • Tel.-Nr. 606 21. • Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Wo bleibt die Nationalisierung?

In diesen Tagen, wo in den Städten abends große Tannenhäuser im Lichterglanz erstrahlen, wo sich in allen Kaufhäusern riesige Berge von Weihnachtsgeschenken aufstürmen und festliches Glöckengeläute die christliche Weihnachtsbotschaft allen ein Wohlgefallen auf Erden verkündet, wird die Not unserer Zeit doppelt spürbar. In vielen Bergarbeiterfamilien wird in diesem Jahre nicht nur der Weihnachtstisch mit bescheidenen Geschenken fehlen, sondern Hunger, Armut und verzweifelte Gedanken werden düstere Gäste sein. In zehntausenden deutschen Bergmannswohnungen wird anstatt festlich-froher Stimmung das Gespenst der Arbeitslosigkeit herrschen und die Worte von der „fröhlichen, segigen Weihnachtszeit“ werden als grausamer Spott und Verhöhnung empfunden. Aber nicht nur wir Bergarbeiter werden den schroffen Gegensatz zwischen der Weihnachtsbotschaft und der Wirklichkeit empfinden. Wir haben viele Schicksalsgenossen. Nicht nur die vielen Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter in unserem Lande, sondern auch die kapitalistischen Krisenopfer außerhalb Deutschlands Grenzen werden an diesem Tage den Unterschied zwischen Soll und Haben aufs neue verspüren und das Hungerdasein der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung versuchen. Viele, viele werden sich fragen, ob es wirklich ein unabänderliches Schicksal ist, daß inmitten einer Welt, die im Warenreichtum erstickt, Millionen Menschen zur Arbeitslosigkeit verdammt sind und dadurch einer wachsenden Verelendung anheimfallen müssen.

Für uns Klassenbewußte und freilorganisierte Arbeiter ist die wirtschaftliche und soziale Massennot kein unabänderliches Schicksal. Wir wissen und erleben es täglich, daß die riesige Notlage, unter der Millionen von Volksgenossen leiden, nicht bedingt ist durch einen Mangel, sondern einen Überfluß an Gütern. Wir wissen, daß das Massenelend nur existiert, weil die planlose privatkapitalistische Profitwirtschaft nicht in der Lage ist, die Gütererzeugung mit den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Solange unser Verband besteht, kämpfen wir deshalb gegen das privatkapitalistische Besitzrecht und für eine planmäßige Gemeinwirtschaft. Der Bergbau als ein lebenswichtiger Wirtschaftszweig soll nicht ein Objekt privatkapitalistischer Ausbeutung und Spekulation, sondern Eigentum der Nation sein.

In diesem Kampf gegen die privatwirtschaftliche Verfügungsgewalt über den Bergbau standen wir Jahrzehnte hindurch allein. Unser Streben nach Gemeinwirtschaft wurde verpöndt und viele unserer Berufs- und Schicksalsgenossen — erinnert sei nur an die christlichen Bergarbeiter — huldigten sogar der Meinung, daß die privatwirtschaftliche Wirtschaftsführung unentbehrlich und das private Besitzrecht heilig, also, vom christlichen Eigentumsgebot aus, unantastbar sei. Stärker als diese christlichen Grundsätze erweisen sich jedoch die wirtschaftlichen Tatsachen, die auch unsere christlichen Berufsgenossen vor die Alternative stellten, entweder die Nationalisierung des Bergbaues zu fordern oder aber von dem kapitalistischen Verelendungsprozeß jermalm zu werden. Infolgedessen sind sich heute die deutschen Bergarbeiter in ihrer Forderung nach einer Nationalisierung des Bergbaues durchaus einig.

Eine einheitliche Frontstellung für die Nationalisierung des Bergbaues ist aber noch nicht gleichbedeutend mit einer Verwirklichung, um so weniger, weil die Nationalisierung nicht auf tarifpolitischem, sondern nur auf gesetzgeberischem Wege möglich ist. Die Werkstatt sozialer Gesetzgebung ist und bleibt aber der Deutsche Reichstag. Dieser zählt gegenwärtig 584 Abgeordnete. Davon entfallen auf die Nationalsozialisten 196, auf die Sozialdemokraten 121, auf die Kommunisten 100 und auf das Zentrum 70 Mandate. Würden nun die Nationalsozialisten ihrem sozialistischen Firmenschild treu bleiben und wirklich die Nationalisierung der Großbetriebe erstreben, dann müßten sie sich jetzt begeistert für die sozialdemokratischen Anträge auf Verstaatlichung des Bergbaues einsetzen. Aber auch die Kommunisten müßten mit Nachdruck für die sozialdemokratischen Sozialisierungsanträge eintreten, wenn sie nicht in den Verdacht geraten wollen, im Parlament kapitalistische Mitteldienste zu leisten. Daß auch die Zentrumsabgeordneten als Vertreter der christlichen Bergarbeiter verpflichtet sind, ihren Ruf nach Nationalisierung des Bergbaues in der politischen Praxis als ernsthafteste Lösung zu bekräftigen, ist selbstverständlich. Dagegen müßten demnach von den 584 Abgeordneten, die der am 6. November gewählte Reichstag zählt, 487 für die Verstaatlichung des Bergbaues eintreten.

Die entscheidende Frage, die uns Bergarbeiter inmitten der furchtbaren Gegenwartsnot bewegt, ist also: Werden die Nationalsozialisten, die Kommunisten und auch die Zentrumsabgeordneten für die sozialdemokratischen Gesetzesanträge auf Nationalisierung des Bergbaues stimmen und durch eine großzügige parlamentarische Aktion der notleidenden Volksmasse den positiven Beweis erbringen, daß sie gemäß ihren wahlpolitischen Versprechungen wirklich gewillt sind, die lebensunfähige kapitalistische Ordnung durch eine gemeinwirtschaftliche Aufbauarbeit zu ersetzen? Oder glauben die entscheidenden Parteien sich auch weiterhin mit nichtsagenden parlamentarischen Theaterpielerien über die Lebensinteressen der Bergarbeiter und der Nation hinwegsetzen zu können? Sollen die Wähler, die aus dumpfer Verzweiflung über die furchtbaren Auswirkungen der

kapitalistischen Krise den sozialen Versprechungen der extremen Parteien glauben, erneut betrogen werden?

Fast scheint es so! Der erste Zusammentritt des neuen Reichstages zu Anfang des Monats stand bekanntlich nicht im Zeichen einer großzügigen parlamentarischen Aktion. Die Nationalsozialisten verhinderten nicht nur eine Beratung der sozialdemokratischen Sozialisierungsanträge, sondern stimmten für eine Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit. So steht die politische Praxis der „rauhem Kämpfer“ aus! Daß bei dem späteren Zusammentritt im neuen Jahre die Nationalsozialisten und Kommunisten ihren parlamentarischen Einfluß für eine Nationalisierung des Bergbaues einsetzen werden, müssen wir nach diesen Erfahrungen bezweifeln. Um so mehr werden wir fragen: Wo bleibt die Nationalisierung des Bergbaues? Die Zeit, wo man mit radikalen Phrasen in Wort und Schrift die Arbeiterklasse fähigen konnte, ist vorbei. Die wahlpolitischen Wechsel müssen eingelöst werden! Der Worte sind genug gewechselt, das Volk will Taten sehen, sozialistische Taten, weil das kapitalistische Wirtschaftselend einen unerträglichen Grad erreicht hat!

Die Weihnachtstage sind darum für uns Tage der Besinnung und Sammlung. Sie zeigen uns deutlich die Kluft zwischen dem wirklichen Sein und dem äußeren Schein. Statt Frieden und Wohlgefallen, eine Welt voller Not und Unrecht! Gleichzeitig aber ein Wettlauf zwischen parteipolitischen Propheten, die, wo es praktisch zu handeln gilt, sich als Demagogen und kapitalistische Helfershelfer entpuppen. All diesen Zuständen und unehrlichen kapitalistischen Trabanten stellen wir die sozialistische Erlösungs- und den entschlossenen Kampfeswillen der freilorganisierten Arbeiterklasse gegenüber. Alle diejenigen, die sich ehrlich und entschlossen hinter diesen Befreiungskampf stellen, sind uns als Bundesgenossen willkommen. Allen anderen aber, die mit den Lebensinteressen

Die andere Weihnacht

In all die Not, in all den Jammer schallt wieder das Erlösungslied, das durch so manche kalte Kammer fernher als schönes Märchen zieht. Denn heute trauert das Erbarmen, denn heute herrscht brutale Macht, gedämpft, gequält verhallt dem Armen der Hymnus der Dezembernacht.

Gewalt betäubt das Weltgewissen, Besitz raubt mehr und mehr Besitz. Die stete Sorge um den Bissen formt die Gesichter hohl und spitz. Verzweiflung brütet in den Scharen, die grausam ein Geschick verdammt, obwohl seit zweimal tausend Jahren die Fackel der Erlösung flammt.

Jahrhundert um Jahrhundert hämmert den alten Traum zur Wirklichkeit. Der Menschheit, die im Schatten dämmert, stanz sie ins Firmament der Zeit: Erwacht und kämpft! Euch ruft die Stundel Schart euch ums flammende Panier! Vereint euch zu einem Bunde! Die Macht, die euch erlöst, seid ihr!

Victor Kalinowski.

der Arbeiterschaft spielen und die Nationalisierung, als befreiende Tat aus dem kapitalistischen Chaos, nur im Munde führen, werden wir als Heuchler rücksichtslos entlarven. So wird und muß der Tag kommen, wo aus der Not, den Irrungen und Wirrnissen unserer Tage, sich ein gesunder, echter sozialistischer Aufbauwille herauskristallisiert und damit die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und ein wirkliches Wohlgefallen für alle schaffen wird!

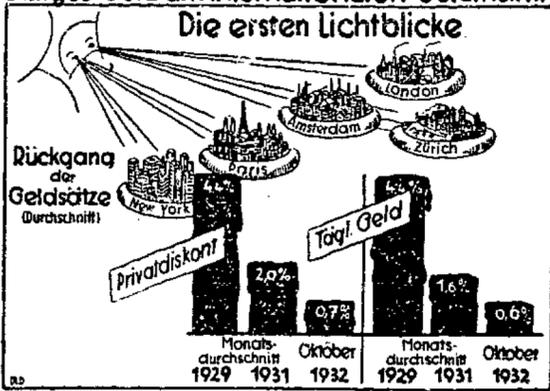
Unsere Lohntheorie stimmt doch!

Die alten bezopften Magister wackeln mit den Köpfen. Die Wirtschaft scheint ihnen beengt zu sein. Da haben sie nun ein ganzes Leben lang gelehrt, daß das Ding da mit den Krisen eine lächerlich einfache Sache sei. Und zwar wäre es so:

Zuerst käme die Hochkonjunktur. Dann geht es plötzlich bergab. Industrie und Handel gerieten ins Stocken. Das brächte Betriebseinschränkung, Betriebsstilllegung, Arbeiterentlassung. Und diesen Zustand nenne man dann Krise. Und daraus hätte der Marx, mit Vornamen Karl, dann sein verrücktes Zeug vom Sozialismus und so geschrieben. Und was sei in Wirklichkeit?

Nichts weiter, als daß damals in der Hochkonjunktur, weil doch alle Wirtschaftsbetriebe florierten und reicher Handel ging, auch alles verfügbare Kapital in der Wirtschaft angelegt gewesen wäre. Dadurch wären die Banken allmählich leer geworden. Deshalb hätten auch die Unternehmer — wegen Kapitalmangels — ihre Betriebe nicht weiter ausbauen können. Ja, sie hätten sogar ihre Betriebe wegen Kapitalmangels einschränken müssen. Das hätte aber doch nichts zu tun mit „Verfälschung des Systems“ und so, denn — und so lehrten sie noch im Anfang auch dieser jetzigen Krise — die ganze Krisenlösung bestehe jetzt in der einfachen Tatsache, daß nun in der Krise wieder viele Kapitalien frei würden infolge von Betriebseinschränkung und Geschäftsschrumpfung, die dann in die Banken zurückwandern müßten und von dort wieder von anderen Kapitalisten zu neuem Wirtschaftsaufbau entnommen und damit zu neuem Antrieb in die Hochkonjunktur dienen würden. Und schon wäre die Krise überwunden. Soweit die bezopften Magister. Und die Wirklichkeit?

Billiges Geld am internationalen Geldmarkt



Nun, sie stimmt mit dieser Auffassung eigentlich überein. Aber leider nur bis zu einem bestimmten Punkt. Das

Verfligte ist nur dabei, daß dieser „bestimmte“ Punkt gleichzeitig auch als der bestimmende Punkt gelten muß. Das heißt, in dem, was nach ihm kommt, läge erst die Lösung der Krise.

Tatsächlich ist es nämlich so, daß mit der Produktions- und Geschäftsschrumpfung in dieser Krise gewaltige Kapitalien „frei“ wurden und nun an den Börsen und Banken zu haben sind. Man schaue sich nur einmal vorstehendes Schaubild an.

In Frankreich zahlt man nur noch 1 Prozent für private Wechsel, in Holland sogar nur noch 0,25 Prozent, in der Schweiz noch 1,5 Prozent pro Jahr. In Großbritannien werden 0,7 Prozent als Privatdiskont notiert. Das zeigt also, daß an diesen Börsen Geld genug angeboten wird, viel mehr als die Wirtschaft vorläufig brauchen kann. Es stimmt also tatsächlich, daß Geld in Hülle und Fülle in den Banken liegt und schon fast — für zahlungsfähige Kapitalisten — völlig umsonst zu haben ist. Nur kommt jetzt das Verfligte: kein Mensch will das Geld!

Gewiß wären genug Menschen da, die sich dieses billige Geld gern nehmen möchten, und zwar sind das alle diejenigen, die sich in Verlegenheit befinden, teure Schulden zu bezahlen haben, mit dem Bankrott ringen usw. Daß die aber solches billige Geld nicht bekommen, ist klar. Wer gibt einem Bankrotteur oder schlechten Unternehmern sein Geld?

Und die anderen, die wirklich das Geld kriegen, warum holen die es nicht, um neue Betriebe zu bauen, neue Unternehmen zu eröffnen und so die Wirtschaft anzukurbeln, wie es die bezopften Magister doch prophezeiten?

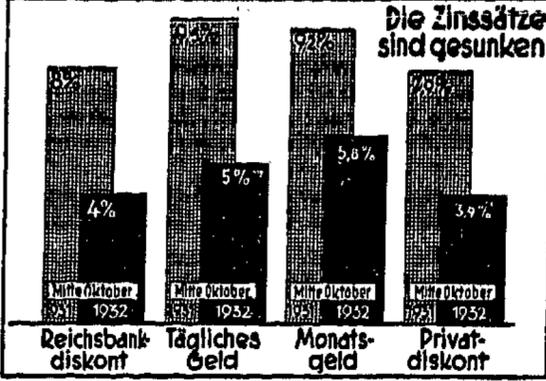
Ja, seht ihrs, da liegt eben der Haken im Pfeffer: die wollen das billige Geld nicht! Sie haben ja alle genügend moderne Betriebe, maschinisierte Betriebe, technisierte Betriebe, rationalisierte Betriebe; nur sie haben nichts zu tun für und in all ihren Betrieben. Sie können sie ja nur zu 30 bis 40 Prozent ausnutzen. Das wäre doch heller Wahnsinn, nun noch mehr solcher Betriebe zu bauen, nur weil das Geld dafür fast umsonst zu haben ist. Selbst in unserem so überschuldeten Deutschland sammelt sich solch verfügbares Geld immer mehr an, wie aus dem Schaubild auf der nächsten Seite hervorgeht.

Die Debetzinsen der Banken betragen noch 7 Prozent gegenüber 12 Prozent im Vorjahre, die Kreditzinsen 1 Prozent gegenüber 5 Prozent. Der Privatdiskont liegt mit 3,88 Prozent unter dem Reichsbankdiskont. Warenwechsel können bei den Banken heute mit 4,38 Prozent untergebracht werden, während sie im Vorjahre noch beinahe 9 Prozent kosteten. Es zeigt sich also, daß auch auf dem deutschen Geldmarkt wie an den internationalen Plätzen eine Verflügung eintritt, und daß also auch von dieser Seite her die Voraussetzungen für eine Neubelebung der Wirtschaft geschaffen werden.

Und seht ihrs: das ist der bestimmende Punkt, an dem jetzt die alten Magister sich zu blamieren begannen.

nämlich, daß niemand das billiger werdende Geld haben will. Und deshalb werden sich die Leute doch noch einmal etwas ernster beschäftigen müssen mit dem Karl da, mit dem Marx. Aber davon vielleicht ein anderes Mal. Für heute wollen wir nur fragen: Wenn es also so ist, daß die Betriebe stillliegen, der Handel stockt, die Arbeitslosigkeit wächst, das Geld aber auch beschäftigungslos in der Bank liegen bleibt, was ist denn dann zu tun, um den Mechanismus wieder in normalen Gang zu bringen?

Die Besserung auf dem Geldmarkt



Ja, seht, da bleibt schließlich doch nur das eine übrig, was die Gewerkschaften immer und immer wieder gefordert haben, nämlich die Kaufkraft zu stärken, also den Lohn zu erhöhen, die Renten aufzubessern, die Unterstützung reichlicher zu geben, damit eben mehr Waren gekauft werden können. Sie können sich drehen wie sie wollen, um diese Tatsache kommen sie nicht herum. Wenn sie die „Kaufkrafttheorie“ der Gewerkschaften noch so sehr verspotten, sie stimmt doch!

Man will zwar auch heute noch nichts davon wissen. Man will die Gesellschaft einfach zwingen, die alte Magisterlehre als die allein richtige anzuerkennen. Und wenn das Volk bei dem immer offensichtlicheren Versagen des alten Systems auch immer unruhiger wird, dann soll ihm eben das Maul gestopft werden. Man nennt das „autoritär“ handeln. Über Brot und Arbeit wird das ja auch nicht schaffen können. Und deshalb wird der Spieß nicht lange anhalten. Über deshalb muß die Arbeiterschaft doppelt wachsam sein. Gerade jetzt gilt es, unsere Macht auszubauen und kampfschlossen zusammenzustehen. Vielleicht wird die nächste Zukunft schon große Entscheidungen bringen. Deshalb alle Maan auf die Schanzen, damit unserer Front und unserer Lehre der letzte Sieg verbleibt!

Gespräch über Zeitfragen.

Planwirtschaft und Verteilung.

„Während der beiden letzten Gespräche mit dem christlichen Gewerkschafter hatte ich Zeit, meinen eigenen Gedanken nachzugehen. Da tauchte unter anderem bei mir die Frage auf, wie denn wohl die Planwirtschaft, die ja nicht mehr Profit für den Privatunternehmer schaffen, sondern der besten Bedarfsdeckung für die Allgemeinheit dienen soll, die Verteilung selbst regeln wird, das heißt also, wie wohl in der Planwirtschaft die Regelung der Löhne und Gehälter erfolgen soll.“

„Die Frage ist zweifellos eine der bedeutendsten und wichtigsten in diesem ganzen Zusammenhang. Und über diese Frage wurde auch schon viel diskutiert, besonders von den Feinden der Planwirtschaft, die, wie sie sagen, von einer „öden Gleichmacherei“ nichts wissen wollen.“

Halt, Kamerad, bevor du weiter liest, hör' einmal her! Es zum erfolgreichen politischen Funktionär zu bringen, steht dir nur ein Weg offen: Der Weg über Selbstunterricht und Selbstbildung. Kursus- und Lehrvorträge können immer nur unterstützend wirken.

Jede Selbstbildung aber bedarf einer geistigen Grundlage, genau wie ein Haus seines Fundamentes. Darin beruht die Ueberlegenheit der sogenannten Gebildeten. Wer es zum erfolgreichen politischen Funktionär bringen will, muß sich also ein politisches Grundwissen aneignen, sich ein politisches Weltbild schaffen. Wie das zu machen ist? Paß auf:

Der Redakteur unseres Verbandsorgans — Peter Zimmer — wird eine Schriftenreihe über politisches Grundwissen herausgeben unter dem Sammeltitle: »Politische Gespräche«. Sie werden alle nach derselben Methode geschrieben sein, wie die an dieser Stelle erscheinenden Aufsätze: »Gespräch über Zeitfragen«. Der erste Band: »Grundbegriffe vom Staate und der Gesellschaft« erscheint Ende Januar. Das Manuskript ist durchgesehen und geprüft von dem bedeutendsten, jetzt lebenden Staatstheoretiker und Soziologen, Professor Dr. Franz Oppenheimer. Der Ladenpreis beträgt 1 Mark. Bei Vorbestellung bis 15. Januar 1933 bei unserer Firma Hausmann u. Co., Bochum, beträgt der Preis für unsere Mitglieder 75 Pfennig. Wer drei Glas Bier im Jahre weniger trinkt, erhält dafür dieses für jeden Politiker lebenswichtige Buch. Deshalb, Kamerad, bestelle sofort über deinen Vertrauensmann bei unserer Verbandsbuchhandlung H. Hausmann u. Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38/42: »Politische Gespräche« Band 1. Zumindest muß das Buch in jeder Bibliothek stehen.

„Eben dieser Gedanke hat mich auch auf die Frage gebracht. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß in der Planwirtschaft alle Menschen völlig gleichmäßig gestellt sein sollen, bin mir aber auch noch nicht klar darüber geworden, wie eine unterschiedliche Verteilung nach dem Prinzip der Gerechtigkeit erzwungen werden kann.“

„Ich kann dich verstehen. Du siehst eben das Ganze vom Standort der heutigen Zustände. Die Planwirtschaft aber schafft sich ja eigene Verhältnisse. Heute ist das Einkommen an Lohn und Gehalt ein Produkt des sozialen Kampfes, den die Arbeitenden und Dienstleistenden um die Gestaltung ihres Einkommens führen. In der Planwirtschaft wird umgekehrt mit dem Einkommen um die Arbeitenden und Dienstleistenden gekämpft werden.“

„Das verstehe ich nicht ganz.“

„Nun — dann überlege zuerst einmal, daß in der freien Wirtschaft die Verteilung vor sich geht zwischen freiem Unternehmer auf der einen und den Arbeitenden und Dienst-

Ein Schlag gegen die soziale Reaktion.

Nachdem die Regierung Papen in der Notverordnung vom 4. September 1932 sich selbst eine Ermächtigung erteilt hatte, wonach sie die gesamte soziale Versicherung, das Arbeitsrecht und den Arbeiterschutzbefehl beliebig einschränken oder aufheben konnte, hat die Sozialdemokratie den Antrag auf einen Volksentscheid über die Aufhebung des sozialpolitischen Teils dieser Verordnung beschlossen und beim Reichsinnenministerium den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens gestellt. Dieses Volksbegehren stand auch im Mittelpunkt der Wahl zum Reichstag am 6. November. Diese Aktivität der SPD. hatte zur Folge, daß sowohl Nazis als auch das Zentrum bei der Eröffnung des neuen Reichstags beantragten, den sozialpolitischen Teil der Verordnung vom 4. September aufzuheben. Die Sozialdemokratie hatte neben dem Antrag auf Aufhebung der gesamten Notverordnung einen gleichen Antrag wie Zentrum und Nazis eingebracht. Dieser Antrag wurde vom Plenum des Reichstags am 9. Dezember mit überwältigender Mehrheit angenommen. Damit ist das Volksbegehren überflüssig gemacht worden, es ist aber auch der erste Schritt getan, um dem weiteren sozialen Abbau Einhalt gebieten zu können.

Der nunmehr aufgehobene Teil der Verordnung vom 4. September bildete zusammen mit der Notverordnung vom 14. Juli 1932 die Ermächtigung für die sozialpolitische Verordnung vom 5. September 1932, durch die bekanntlich die Tariflöhne zerschlagen worden waren. Die Sozialdemokratie benutzte die Gelegenheit der Tagungen des Sozialpolitischen Ausschusses und des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 10. bis 13. De-

zember, um auch die Aufhebung dieser sozialpolitischen Verordnung durchzuführen. Da die Reichstagsmehrheit das Plenum auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, so galt es, die Regierung vor Scheitern zur Aufhebung der Verordnung vom 5. September zu veranlassen. Auf die Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Ulfhäuser erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup sich bereit, diese Verordnung aufzuheben. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde vor Haushaltsausschuß noch ein Unterausschuß eingesetzt, in dem die Regierung ihre Absichten vortrug.

Nachdem die Aufhebung der Verordnung noch eine Auslauffrist bis zum 31. März 1933 für die sogenannten gefährdeten Betriebe auch darüber hinaus möglich werden. Es ist dem Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion zu danken, daß schließlich folgende Regelung zustande kam:

Die Auslauffrist der Verordnung ist generell auf den 31. Dezember 1932 festgesetzt. Nur in Einzelfällen, in denen die Betriebe nachweislich noch Aufträge vorliegen haben, auf deren Nichtausführung ein Schaden erwachsen würde, kann ein Antrag beim Schlichter die Auslauffrist bis spätestens 31. Januar 1933 festgesetzt werden. Der gleiche Endtermin gilt jetzt auch für die sogenannten gefährdeten Betriebe.

Mit der Aufhebung der Verordnung vom 5. Sept. 1932 treten die vereinbarten Tariflöhne wieder voll in Kraft. Damit hat der zähe Kampf der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gegen den Tarifbruch der Regierung Papen erfolgreich geendet!

leistenden, die wir von jetzt ab einfach als Arbeiter bezeichnen wollen, auf der anderen Seite.“

„Ganz recht! Und hier, nicht wahr, nimmt sich der Unternehmer seinen Teil vorweg und —“

„Ja, mal langsam! Gewiß, der Unternehmer nimmt sich seinen Teil vorweg. Nur kommt hinzu, daß er einen ganz bestimmten Teil haben muß. Er braucht soviel, daß sein Teil in einem angemessenen Verhältnis zu seinem Kapital steht, das heißt, er muß einen angemessenen Prozentsatz — Profit, Zinsen, Dividenden — haben. Und was dann übrig ist, bleibt für die Verteilung unter die Arbeiter.“

„Aha — und jetzt kommt hinzu, daß es wegen des Konkurrenzkampfes in der freien Wirtschaft immer schwieriger für den Unternehmer wird, genügend Prozente zu bekommen, weil auf der einen Seite die Konkurrenz ihm den Absatz erschwert und auf der anderen Seite die Arbeiter um die Erhaltung eines für sie auskömmlichen Anteils, also Lohnes, kämpfen.“

„So ist es! Und weil nun, wie dir ja aus dem Gespräch über das Wesen des Privatkapitalismus klar geworden ist, dieser Konkurrenzkampf sich immer hart an der Grenze abspielt, wo einerseits der angemessene Profit und andererseits der auskömmliche Anteil des Arbeiters bedroht ist, deshalb vollzieht sich die Verteilung des Ertrages im Privatkapitalismus immer unter harten Kämpfen.“

„Mir scheint, man müßte hier zwei Arten des Kampfes um die Verteilung auf Arbeiterseite unterscheiden. Erstens den Kampf mit dem Unternehmer um den Gesamtarbeitsanteil und zweitens den Kampf um die Verteilung des Arbeitsanteils unter die verschiedenen Gruppen der Arbeitenden selbst.“

„Richtig! Und aus diesem letzteren Kampf ist dann das System der verschiedensten Lohnstufen und Gehaltsgruppen entstanden, das als ein ganz besonderer Vorteil dieses freien Wirtschaftssystems gepriesen wird.“

„Na — mir scheint, daß nur derjenige dieses System als vorteilhaft und verteidigungswert hält, der das Glück hat, in einer vorteilhaften Einkommensstufe zu rangieren.“

„Das wird auf die allermeisten Befürworter dieses Systems zutreffen.“

„Aha — und jetzt kommt hinzu, daß es wegen des Konkurrenzkampfes in der freien Wirtschaft immer schwieriger für den Unternehmer wird, genügend Prozente zu bekommen, weil auf der einen Seite die Konkurrenz ihm den Absatz erschwert und auf der anderen Seite die Arbeiter um die Erhaltung eines für sie auskömmlichen Anteils, also Lohnes, kämpfen.“

„So ist es! Und weil nun, wie dir ja aus dem Gespräch über das Wesen des Privatkapitalismus klar geworden ist, dieser Konkurrenzkampf sich immer hart an der Grenze abspielt, wo einerseits der angemessene Profit und andererseits der auskömmliche Anteil des Arbeiters bedroht ist, deshalb vollzieht sich die Verteilung des Ertrages im Privatkapitalismus immer unter harten Kämpfen.“

„Mir scheint, man müßte hier zwei Arten des Kampfes um die Verteilung auf Arbeiterseite unterscheiden. Erstens den Kampf mit dem Unternehmer um den Gesamtarbeitsanteil und zweitens den Kampf um die Verteilung des Arbeitsanteils unter die verschiedenen Gruppen der Arbeitenden selbst.“

„Richtig! Und aus diesem letzteren Kampf ist dann das System der verschiedensten Lohnstufen und Gehaltsgruppen entstanden, das als ein ganz besonderer Vorteil dieses freien Wirtschaftssystems gepriesen wird.“

„Na — mir scheint, daß nur derjenige dieses System als vorteilhaft und verteidigungswert hält, der das Glück hat, in einer vorteilhaften Einkommensstufe zu rangieren.“

„Das wird auf die allermeisten Befürworter dieses Systems zutreffen.“

„Aha — und jetzt kommt hinzu, daß es wegen des Konkurrenzkampfes in der freien Wirtschaft immer schwieriger für den Unternehmer wird, genügend Prozente zu bekommen, weil auf der einen Seite die Konkurrenz ihm den Absatz erschwert und auf der anderen Seite die Arbeiter um die Erhaltung eines für sie auskömmlichen Anteils, also Lohnes, kämpfen.“

zember, um auch die Aufhebung dieser sozialpolitischen Verordnung durchzuführen. Da die Reichstagsmehrheit das Plenum auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, so galt es, die Regierung vor Scheitern zur Aufhebung der Verordnung vom 5. September zu veranlassen. Auf die Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Ulfhäuser erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup sich bereit, diese Verordnung aufzuheben. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde vor Haushaltsausschuß noch ein Unterausschuß eingesetzt, in dem die Regierung ihre Absichten vortrug.

Nachdem die Aufhebung der Verordnung noch eine Auslauffrist bis zum 31. März 1933 für die sogenannten gefährdeten Betriebe auch darüber hinaus möglich werden. Es ist dem Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion zu danken, daß schließlich folgende Regelung zustande kam:

Die Auslauffrist der Verordnung ist generell auf den 31. Dezember 1932 festgesetzt. Nur in Einzelfällen, in denen die Betriebe nachweislich noch Aufträge vorliegen haben, auf deren Nichtausführung ein Schaden erwachsen würde, kann ein Antrag beim Schlichter die Auslauffrist bis spätestens 31. Januar 1933 festgesetzt werden. Der gleiche Endtermin gilt jetzt auch für die sogenannten gefährdeten Betriebe.

Mit der Aufhebung der Verordnung vom 5. Sept. 1932 treten die vereinbarten Tariflöhne wieder voll in Kraft. Damit hat der zähe Kampf der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gegen den Tarifbruch der Regierung Papen erfolgreich geendet!

stellung, die sie in der Wirtschaftsgesellschaft einnehmen. Da damit eine besondere wirtschaftliche Betätigung zusammenfallt, befaßt nichts gegen meine Behauptung.“

„Wenn ich dich nun richtig verstehe, willst du damit gesagt haben, daß du also auch für die Planwirtschaft eine unterschiedliche Verteilung, also eine Staffelung der Einkommen als gegeben annimmst, nur daß sie sich hier nach ganz anderen Grundsätzen vollziehen wird als heute.“

„Das ist meine vollste Ueberzeugung.“

„Wie denkst du dir denn die Sache?“

„Nun — ich habe vorher gesagt, daß man in der Planwirtschaft von vornherein mit ganz anderen Verhältnissen rechnen muß als heute. So gewährleistet zum Beispiel die Planwirtschaft einen reibungslosen Verlauf des Wirtschaftens und damit eine durchschnittlich reiche, ja eine ständig steigende Warenversorgung.“

„Aha — es wird also in der Planwirtschaft schon ein an sich reicheres Vorrat von Wirtschaftsgütern da sein, der für die Verteilung in Frage kommt?“

„So ist es! Denke doch nur an den Privatkapitalismus in Zeiten der Hochkonjunktur. Würde ein solcher Zustand gehalten werden können, also nicht durch die Krise abgelöst, dann würde ja schon der Privatkapitalismus die Frage nach immer reicheren Warenfülle gelöst haben. Und da die Planwirtschaft die Krise vermeiden wird, wird sie auch, wie vorher gesagt, diese reichere Versorgungs möglichkeit gewährleisten, weil dieser Reichtum ja jetzt ganz als sozialer Reichtum gelten darf, da ja kein einzelner Privatunternehmer ihn für seine privaten Interessen schmälern kann.“

„Aber hier, so scheint mir, beginnt doch jetzt erst die Schwierigkeit. Wie soll dieser soziale Reichtum nun gerecht unter die Wirtschaftsgesellschaft verteilt werden, wenn diese Verteilung nicht gleichmäßig erfolgen soll?“

„Nun — die Verteilung muß hier nach strenger Zweck- und Verdienstmäßigkeit erfolgen, worüber aber nicht von oben herab bestimmt wird, sondern von der Gesamtheit der Wirtschaftstätigen.“

„Wie denkst du das im einzelnen? Ich meine, es muß doch dabei auch so etwas wie ein System oder einen Schlüssel geben, nach dem sich diese Verteilung vollzieht.“

„Nun — die Planwirtschaft wird zuerst und für alle ein Existenzminimum festlegen, das sich bemißt nach dem verfügbaren sozialen Reichtum, das also zumindest weit über dem heutigen liegt, da ja auch der soziale Reichtum weit größer als heute sein wird.“

„Das wäre ja doch das, was man bei den Gegnern öde Gleichmacherei nennt.“

„Keineswegs ist das so. Denn die besondere Bezahlung für besondere Leistungen wird hiervon nicht berührt. Und hier wird die Planwirtschaft zweierlei besondere Beschäftigungs- und Betätigungsarten gelten lassen. Einmal solche, die nicht jeder aus der Masse ausüben kann, weil sie besondere Befähigung, besondere Ausbildung und besondere Fertigkeiten verlangen und zum anderen solche, die nicht jeder aus der Masse ausüben mag, weil sie als sogenannte minderwertige oder schmutzige, aber an sich unmeidbare gelten.“

„Aha — und für solche Betätigung soll es dann eine besondere Vergütung geben. Aber wie soll der hierfür gerechte Mehranteil berechnet werden?“

„Das richtet sich dann ganz nach Angebot und Nachfrage, was hier zum ersten Male zu einem Mittelverhältnis gerechten Ausgleiches, weil aus völlig freier Entscheidung entstehend, werden müßte. Wo für besondere „höhere“ Beschäftigung oder besondere „niedrigere“ Beschäftigung eben sich Mangel an notwendigen Kräften zeigt, müßten durch Erhöhung des Sonderanteils, also im heutigen Sprachgebrauch ausgedrückt, durch Erhöhung des Lohnes die notwendigen Kräfte angelockt werden. Wo umgekehrt durch höhere Bezahlung zu viele Kräfte zu diesen Arbeiten drängten, müßte die Sonderbezahlung entsprechend gesenkt, also dem allgemeinen Einkommensstatus angenähert werden. So wäre also eine Staffelung geschaffen, deren Berechtigung durch die praktisch völlig freie Einstellung der Gesamtheit ihre jeweilige Bestätigung oder Korrektur erfahren würde. Privilegien und Monopole sowie auf Grund gesellschaftlicher Rangstellung zu ergatternde Vorteile wären dann ausgeschlossen. Idealerweise also als in der Planwirtschaft wird die Einkommensverteilung nicht gestaltet werden können.“

Wie sieht es im sibirisch-russischen Bergbau aus?

Wir lassen hierzu drei aus dem russischen Bergbau heimgekehrte oberösterreichische Kameraden erzählen:

Von Nowo-Sibirsk fuhren wir 18 Stunden im D-Zug durch die Steppe bis nach Protowjewsk. Hier angekommen, wurden wir in Lastautos nach unserer neuen sogenannten Heimat gefahren. In den neugebauten Holzhäusern wurden uns Zimmer angewiesen. Nachher wurden wir nach dem Speisehaus geführt. Wir erhielten dort Kraut und Reistatscha und wieder Reistatscha und Kraut zu essen. Gefodt wurde immer ein und dasselbe Essen und es mußte mit Ueberwindung von uns gegessen werden; die Lebensmittelzufuhr war völlig unzureichend. Wir mußten eben mit dem zufrieden sein, was die eingeborenen Kirgisen bekamen.

Den ersten Tag nach unserer Ankunft hatten wir nach der langen Reise Ruhe. Man mußte nur drei Tage lang auf die Schächte laufen, ehe wir unser Gezüge und die Arbeitskleidung erhielten. Manche mußten über eine Stunde zum Arbeitsort laufen. Den ersten Tag brachten uns Lastwagen dahin und die anderen Tage haben uns die Herren das Laufen gelehrt, indem sie uns keinen Wagen schickten. An Arbeitskleidung bekamen wir einen Schachtanzug und Stiefel, aber keine Unterkleider. Und nun fing die Arbeit an.

Der Schacht war 50 Meter tief. Bei der Arbeit wurden die bergpolizeilichen Vorschriften völlig außer acht gelassen. Daß dieses in einem Arbeiterstaat der Fall ist, gab uns deutschen Arbeitern zu denken. Vor Ort gibt es kein brauchbares Gezüge. Die Bohrhämmer wollten nicht laufen, alles was man in die Hand nahm, war unbrauchbar. Dazu kam noch, daß dort das Stückgebirge besteht und dadurch war die Arbeit derart ausgepauert, daß man ruhig sagen kann, daß nirgends die Unterebene so groß ist wie dort.

Jede Stunde kam ein Stoßbrigadier, sog. Antreiber, um alles nachzumessen und nachzurechnen, was geschafft wurde. Unsere Leistung wurde auch anerkannt, aber nicht bezahlt, denn die Herren vergaßen unsere Schichten anzuschreiben. Wenn wir dann unseren Lohn bekamen, da sahen wir, was wir verdient haben, nämlich 80 bis 90 Kopeken pro Schicht. Das war ein Spohn für uns, denn dafür konnten wir uns nicht einmal ein Mittagbrot kaufen. Belag oder Fett aufs Brot gab es nicht. Wir mußten entweder mit trockenem Brot einfahren oder aber ganz ohne Brot.

Bekanntlich herrscht dort die Fünfstageswoche. Kam also der Ruhetag, dann mußten wir stundenlang in der Cooperative, d. h. im Konsum, stehen und warten, bis wir einige Lebensmittel kaufen konnten. Da gab es keine Butter, keinen Zucker, keinen Speck, keine Kartoffeln, nur Kraut und Reistatscha, das ist ein Reisgericht mit Del. Speck gab es 600 Gramm auf den Monat und dafür haben die Herren von uns verlangt, daß wir arbeiten sollten. Der Arbeiter bekommt auf seinen Ausweis nur Brot und Kraut, im Höchsthalle eine Portion Hammelfleisch zu kaufen, während die Herren Direktoren, Stoßbrigadier mit ihren 500 Rubeln und noch mehr im Freihandel alles haben konnten. Natürlich zu höchsten Preisen. Zum Beispiel kostet ein Pfund Butter im Freihandel 18 Rubel, also für uns Arbeiter nicht zu haben, und das alles wird von der R.P.D. sozialistischer Aufbau genannt.

Wenn wir zum Beispiel mittags um 12 Uhr zur Schicht gingen, dann mußten wir ohne Mittagessen zur Arbeit einfahren. Haben wir uns beschwert, dann wurden wir von den einschüchternen sog. Stoßbrigadieren mit Konterrevolutionäre beschimpft. Hat man sich an die Kommissionskommission gewandt, dann wurde Besserung versprochen. Beim Gehen der Kommission wurde über Arbeitsleistung und über verschiedenes gesprochen, nur nicht über die Verbesserung der Lebensweise für uns Arbeiter. Letzten Endes wandten wir uns an die höchste Instanz, unseren Gewerkschaftsführer Karras.

Da kamen wir aber vom Regen in die Traufe, denn Karras betrieb eine Versammlung und ging mit seinen Agenten und Stoßbrigadieren gegen uns vor. Wir wurden als Saboteure und Konterrevolutionäre hingestellt, weil wir um bessere Kost-

haben. Ein Rheinländer Krause wurde sogar mit dem Tode bedroht. Auch ist uns allen aufgefallen, daß die Stoßbrigadier bessere Kost und bessere Bezahlung haben, also herrscht auch dort das selbe Schmarogertum wie überall.

Die sozialen Rechte sind dort nur auf dem Papier enthalten. Der Kollektivvertrag lautet, daß die Familie, deren Mann in Rußland verunglückt, gezwungen wird, nach Rußland zu kommen, denn ins Ausland werden keine Renten gezahlt. Erhält die Familie dann dort die Rente, dann ist sie so klein, daß die Witwe gezwungen ist, zu arbeiten, auch wenn sie schon 60 Jahre alt ist. Den Familien, die nach Rußland ausreisen, gehen erst dort die Augen auf, weil sie hier nicht richtig belehrt, sondern betrogen werden. Einer Familie den Haushalt zu führen ist sehr schwer. In den meisten Fällen muß die Frau stundenlang warten, wenn sie etwas kaufen will. Die Familien verkaufen stückweise ihre Sachen und Kleidungsstücke, um nur Geld für den Lebensunterhalt zu haben, weil der Verdienst nicht ausreicht. Eine Familie mit Kindern ist dort dem Verderben preisgegeben. Zur Kost braucht man dort pro Person 70 Rubel, das wenigste. Wo soll man die Kleidung und das Schuhwerk hernehmen, wenn der Mann nur 150 Rubel verdient? Zudem sind

80 neue Mitglieder

innerhalb kurzer Zeit hat unsere Zahlstelle Wiege-Steinförde im Bezirk Hannover aufzuweisen. — Dieser Werbeerfolg ist um so beachtlicher, weil es sich bei den neu aufgenommenen Mitgliedern restlos um Kameraden handelt, die noch in Arbeit stehen. Bis Jahresende hoffen die Kameraden

in Wiege-Steinförde

insgesamt hundert Neuaufnahmen aufzuweisen zu können. Für diese vorbildliche und erfolgreiche Arbeit sei den Kameraden an dieser Stelle Dank und Anerkennung gezollt. — Welche Zahlstelle ahmt dieses Beispiel nach?

Kleidungsstücke und Schuhwerk dort unerschwinglich teuer. Die Wohnungsverhältnisse sind dort auch nicht so rosig, wie sie von der R.P.D. geschildert werden. Gewöhnliche Holzbaracken, Dafen, die ständig rauchen. Für einen ledigen Mann war das nicht zu ertragen, für die Familie auf die Dauer unerträglich. Dort war nur die Hauptsache, daß die Menschen unter Dach waren.

Die Wasserfrage war dort eine der wichtigsten Fragen, denn in unserem Gebiet, Westsibirien, gab es kein Trinkwasser. Das Wasser wird dort mit Pferden von irgendwelchen Leichen herangeholt und muß erst abgekocht werden. Dieses Wasser zu genießen, dazu gehört schon eine gewisse Ueberwindung für uns Einwanderer. Dies alles wird von der R.P.D. verschwiegen und den Familien, die dort hinfahren, wird nicht die Wahrheit gesagt.

Auf Grund dieser bösen Erfahrungen haben wir uns an das dortige Auslandsbüro gewandt und erlangten so unsere Pässe und hofften, daß von da aus für uns etwas getan wird. Wir wurden aber sehr enttäuscht, denn der Leiter des Auslandsbüros erklärte uns, daß wir nach einer Verfügung des Präsidenten fristlos entlassen sind. Jetzt war für uns guter Rat teuer. Nun wurden wir noch mehr drangsalariert, überall wurden uns die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, ja sogar auf der Bahn. Wir haben uns, nämlich 32 Rheinländer und 7 Ober-

Erklärung!

Seit längerer Zeit werden im Reich andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialistischen Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Mir wiederholen noch mais, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassenverrat des ADGB.“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“, ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Cenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeitererschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Berlin, den 8. Dezember 1932.

Der Bundesvorstand.

schleier, auf die Beine gemacht nach Nowo-Sibirsk, um unsere Pässe zu bekommen und von dort nach der Heimat zu fahren. Auf der Reise mußten wir die G.P.I. in Anspruch nehmen. Die G.P.I. ist in Rußland noch die einzige Instanz, die korrekt arbeitet. Würde die verlagern, so würde kein einziger Heimreisender seine Heimat wiedersehen.

In Nowo-Sibirsk blieben wir, trotzdem wir den Leiter des Trüsters sofort angerufen haben, zwei Tage ohne Quartier und ohne Essen auf der Straße liegen. Keiner hat sich unser annehmen wollen, bis sich die Gewerkschaften der Sache annahmen und den Leiter des Trüsters wegen dieser Mißstände verantwortlich machten. Erst dann bekamen wir Quartiere und Verpflegung. Von Nowo-Sibirsk wurde eine Versammlung einberufen und eine Kommission gewählt und mit den Gewerkschaften nach Protowjewsk geschickt mit dem Versprechen, die dortigen Uebelstände zu beseitigen. Durch die uns angetanen Entschwürnisse konnte uns keiner mehr zu einer Rückfahrt nach Protowjewsk bewegen. Was nur einer zu verkaufen hatte, um bloß weiter zu kommen und endlich in Deutschland zu landen, wurde verkauft.

Dieses ist ein kleiner Ueberblick über unsere Rußlandsfahrt. Jeder Kommunist soll selbst urteilen und den Schwindel erkennen. Was die R.P.D. über Rußland schreibt, ist aber nur zur Hälfte wahr. Wahr ist, daß dort noch schlimmere Verhältnisse sind, wie wir sie hier geschildert haben und daß der Arbeiter dort noch viel mehr ausgebeutet wird, wie hier bei uns, steht fest, dazu ist er noch rechtlos. Er darf sich niemals über etwas beschweren und Abhilfe verlangen, wie hier in Deutschland. In Rußland herrscht nicht das Volk, sondern die Diktatur.

Kumpels, beherzigt diesen Artikel und denkt nach über die Schwindelparolen der R.P.D. und sorgt dafür, daß der Sozialismus im eigenen Lande aufgebaut wird. Wir kommen nun zu dem Entschluß, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten den richtigen Sozialismus durchzuführen wollen und werden.

Die aus Rußland Heimgekehrten:
Konrad Klonn, Franz Schoeppe, Karl Kusch.

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Als Hal und sein Begleiter die Schenke verließen, war es spät geworden und der Aufseher milde gestimmt. „Herr Stone“, begann Hal, „ich will Sie nicht belästigen, doch würde ich gerne mehr Lohn erhalten. Wenn Sie es ermöglichen könnten, würde ich gerne mit Ihnen teilen.“

„Mit mir teilen?“ fragte Stone. „Was wollen Sie damit sagen?“

Hal war ein wenig erschrocken. Hatte ihm Mike nicht versichert, daß dies hier allgemein üblich sei, so wäre er einer Ohrfeige gewärtig gewesen.

„Ich würde etwa fünfzehn Dollars mehr verdienen; ich befinde freilich kein Bargeld; wollten Sie aber zehn Dollars von meinem Warenhauskredit sich selbst aus schreiben, so käme ich immer noch auf meine Kosten.“

Eine kurze Strecke Weges schwiegen beide. „Ich will Ihnen etwas sagen“, begann dann der Aufseher. „Dieser alte Slowake ist ein verdammter Kerl, einer von jenen, die glauben, sie könnten das Bergwerk allein leiten. Wenn Sie ihn anhören und dann ebenfalls anfangen, sich zu beklagen, bei Gott...“

„Gut, Herr“, unterbrach ihn Hal hastig. „Ich kann Ihnen behilflich sein, werde ihm das Maul stopfen. Wenn Sie es wollen, so werde ich aufpassen, mit wem er spricht, und wenn die Leute irgend etwas vorhaben sollten, gebe ich Ihnen einen Wink...“

„So ist es recht“, fiel der Schachtaufseher ein. „Wenn Sie das wollen, werde ich Sie im Auge behalten und Sie sollen nicht zu kurz kommen. Nicht, daß ich den alten Kerl fürchte; ich habe ihm schon gesagt, daß er, wenn er wieder unliebsam wird, einen Fußtritt bekommt, daß ihm die Hosen plähen. Aber es ist immer so eine Sache, wenn man mit einem halben Tausend dieses ausländischen Abchams zu tun hat. Einige sind Anarchisten; andere, wie die Bulgaren und „Monteneger“, kommen eben aus dem Krieg...“

„Ich verstehe“, entgegnete Hal. „Man muß sie streng beobachten.“

„Ja. Uebrigens, wenn Sie die Sache mit den fünfzehn Dollars im Warenhaus regeln, so sagen Sie nur, Sie hätten die Summe im Koffer verloren.“

„Ich sagte zehn Dollars“, warf Hal rasch ein.

„Ich weiß“, erwiderte der Aufseher. „Aber ich sagte fünfzehn.“

Hal erfüllte der Gedanke, daß er nun wirkliche Bergmannsarbeit verrichten würde, mit höchster Zufriedenheit. Schon lange hatte er seine Vorstellung damit beschäftigt; doch törete, wie so oft im Leben, der erste Zusammenprall mit der Wirklichkeit die Vorstellung vieler Jahre. Lötierte jegliche Vorstellung, denn Hal erkannte gar bald, daß er seine ganzen physischen und geistigen Kräfte brauche, um die Qualen des Tages zu ertragen. Hätte ihm jemand die Folter der Arbeit in einem fünf Fuß hohen Raum geschildert, er würde der Schilderung nicht geglaubt haben. Das Ganze glich einem jener Folterwerkzeuge, die in den europäischen Schlössern gezeigt werden, der „eisernen Jungfrau“ oder dem „spanischen Kragen“. Hals Rücken brannte, als wäre mit glühendem Eisen darüber hinweggestrichen worden; jede einzelne Sehne und Muskel brüllte auf vor Schmerz. Es war, als könne er die Lektion niemals erlernen, die ihm die harte, zerklüftete Decke über seinem Haupt ständig zurief; immer wieder und wieder schlug er gegen sie an, bis sein Schädel nur mehr aus Wunden und Beulen zu bestehen schien und derart schmerzte, daß er wie blind war und sich stöhnend flach auf den Boden warf.

Dann lachte der alte Sitoria: „Ich kenne das. Sie sind wie ein grünes Maultier! Werden sich schon abhärten!“

Hal erinnerte sich der harten Haut, die die Flanken seiner einstigen Schutzhelfer an jenen Stellen bedeckte, wo sie vom Geschnitz ausgiebigen worden waren.

„Ja, ich bin tatsächlich ein unerfahrenes, grünes Maultier!“

Auch war es merkwürdig, auf wie vielerlei Arten man sich beim Aufstehen der Kohle die Finger wund schlagen und schneiden konnte. Hal zog Handschuhe an, doch die waren an einem Tage durchgestoßen. Und zu alledem kam noch das Gas, der erstickende Pulvergeruch und das entsetzliche Brennen der Augen, die unter dem Staub und dem schwachen Licht litten. Dabei konnte man die schmerzenden Augen nicht einmal reiben, weil alles von der gleichen Staubschicht überzogen war. Vermochte jemand, sich diese Qualen vorzustellen, etwa die vornehmen Damen, die sich in weichgepolsterten Salonwagen schaukelnd dahintragen lassen, oder, im Deckstuhl liegend, über schimmernde tropische Meere fahren?

Der alte Mike war zu seinem Gehilfen sehr gut. Bierzig Jahre dieser Arbeit hatten Mikes Rückgrat gekrümmt, seine Hände hart und schwielig gemacht; er konnte für zwei schaffen und außerdem noch seinen Freund unterhalten. Der alte Mann hatte die Gewohnheit, gleich einem Kinde ununterbrochen zu reden; er sprach mit seinem Gehilfen, mit sich selbst, mit seinen Werkzeugen. Diese nannte er bei den fürchterlichsten, unsäglichsten Namen, doch alles voller Gutmütigkeit und helterer Laune. „Gehst du hinein, du Hurensohn!“ sagte er zu seinem Meißelbohrer. „Komm her, du Luder!“ rief er dem Karren zu, oder: „Na, hopp hinein, du Dreck!“ sprach er zu einem Stück Kohle.

Er pflegte Hal Vorträge über Grubenarbeit zu halten, Geschichten aus besseren Tagen oder über furchtbare Unglücksfälle zu erzählen. Vor allem aber sprach er von der Schurkerei der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft, versuchte sie, ihre Aufseher, Oberaufseher, Beamten, Direktoren, Aktionäre sowie eine Welt, die das Bestehen einer so verbrecherischen Institution zuließ.

Dann kam die Mittagszeit. Hal lag auf dem Rücken, zu erschöpft, um zu essen. Der alte Mike sah laudend da; sein Bart endete in einer Spitze am Kinn, und wenn sich seine Backenknochen bewegten, glich er einem alten Ziegenbock. Er war ein guimütiger und besorgter alter Ziegenbock und versuchte, seinen Gehilfen mit einem Stückchen Käse oder einem Schluck kalten Kaffee zum Essen zu verlocken. Er glaubte fest an die Wirksamkeit des Essens; kein Mensch konnte seine Dampfkraft aufrechterhalten, wenn er den Ofen nicht heizte. Mißlang es ihm, Hal zum Essen zu bewegen, so war er bemüht, ihn zu zerstreuen, indem er Geschichten aus dem amerikanischen und russischen Grubenleben erzählte. Er war sehr stolz darauf, einen „richtigen Amerikaner“ zum Gehilfen zu haben, und versuchte, ihm die Arbeit soviel wie möglich zu erleichtern, da er fürchtete, Hal könnte ihm davonlaufen.

Hal lief nicht davon; er hielt durch bis zur Nacht, dann war er so erschöpft, daß er wie ein Klotz in den Fördertorb fiel. Schon beim Abendessen pflegte er einzuschlafen, sank fast bewußtlos aufs Bett und schlief die ganze Nacht durch, ohne auch nur einmal seine Lage zu verändern. Oh, die Qual des Gewerdewerdens, noch ehe der Morgen dämmerte! Wie schwer fiel es doch, den Schlaf zu verschonen, die überanstrengten Muskeln zu bewegen, von neuem das Brennen der Augen, die Wunden und Schwielen an den Händen zu fühlen!

Es dauerte eine volle Woche, ehe er auch nur für Augenblicke seine Schmerzen verlor, und er vermochte sich niemals ganz an die Arbeit zu gewöhnen. Kein Mensch konnte derart schwer arbeiten und dabei seine geistigen Fähigkeiten rege erhalten, seinen Eifer, die Feinheit der Gefühle. Kein Mensch konnte derart schwer arbeiten und dabei ein Abenteurer sein, es war vollkommen unmöglich, nicht zur Maschine zu werden. Hal hatte oft die verächtliche Redensart von der „Trägheit der Massen“ gehört und sich stets darüber gewundert. Nun wunderte er sich nicht mehr, begriff alles. Konnte denn ein Mann, dessen Körper von Müdigkeit gelähmt war, den Mut finden, seinem Schachtaufseher gegenüber einen Protest auszusprechen? Konnte er, wenn seine geistigen Fähigkeiten durch körperliche Erschöpfung getötet waren, sich auch nur eine richtige Vorstellung von seinen Rechten und dem ihm angetanen Unrecht machen?

Während dieser qualvollen Tage besuchte Hal die rote Mary nicht. Eines Abends jedoch erschien sie bei den Minettis, um sich nach dem erkrankten Baby zu erkundigen und ihm einen Eiertahn zu bringen. Hal empfand den meisten Leuten, besonders Geschäftsleuten gegenüber stets ein ausgeprochenes

Internationaler Bergmannstag in Frankreich.

Ueber den Verlauf verschiedener internationaler Bergarbeiterkundgebungen am 4. Dezember in Frankreich berichtet die sozialistische Zeitung „Le Peuple“ u. a. folgendes:

Kundgebung in Auel.

Die Veranstaltung in Auel gestaltete sich zu einer herrlichen Kundgebung. Zahlreiche Ortsgruppen waren vertreten. Die sozialistische Gemeindeverwaltung betrachtete es als eine große Ehre, den Kameraden August Schmidt vom deutschen Bergbauindustriearbeiterverband und den Kameraden Bigne von der französischen Organisation zu empfangen. Mit herzlichsten Worten begrüßte Senator Cabot den Kameraden Schmidt als Repräsentanten des deutschen Bergbauindustriearbeiterverbandes. Der Redner erörterte die Probleme, die seit einigen Jahren Gegenstand internationaler Verhandlungen sind und bezeichnete die Nationalisierung des Bergbaues, die Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine internationale Bergbauvereinbarung als besonders dringlich. Da die notwendigen Reformen bisher von den Unternehmern und Regierungen verhindert wurden, müßten die Bergarbeiter mit größtem Nachdruck ihre Lebensrechte geltend machen. Für diese Ausführungen erntete Kamerad Schmidt begeisterten Beifall.

Kundgebung in Douai.

Die Kundgebung, organisiert vom französischen Bergarbeiterverband, nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Ueber 3000 Bergleute füllten den Versammlungsraum. Kamerad Lehmann vom deutschen Bergbauindustriearbeiterverband erörterte in einer prächtigen Rede die hauptsächlichsten Probleme der Bergarbeiterinternationale. Die Uebersetzung dieses Vortrages in die französische Sprache löste bei den Versammelten einen stürmischen Beifall sowie das Absingen der Internationale aus.

Anschließend führte der französische Bergarbeiterführer Bard aus, daß die französischen Bergarbeiter neben den internationalen Forderungen auch für die Erlangung einer Altersrente von 6000 Fr. für diejenigen kämpften, die 30 Jahre in der Grube gearbeitet haben und 55 Jahre alt sind. Die Kommunisten, die ihren Anhängern befohlen hatten, an der Kundgebung teilzunehmen, um diese zu sabotieren, erlitten eine jämmerliche Pleite, weil nur wenige diesem Rufe folgten.

Kundgebung in Montceau les Mines.

Ungeachtet des schlechten Wetters beteiligten sich an der Bergarbeiterkundgebung in Montceau les Mines über 3000 Bergarbeiter. Geleitet wurde diese vom Kameraden Didier, Bürgermeister von Montceau. Er begrüßte mit herzlichsten Worten unter dem Beifall der Versammelten den Kameraden Triem als Vertreter der deutschen Bergarbeiter. Nach kurzen Ansprachen von zwei französischen Kameraden ergriff Kamerad Triem, von den Versammelten stürmisch begrüßt, das Wort zu längerem Ausführungen über die Lage der deutschen Bergarbeiter und die Aufgaben, die den Bergarbeitern auf internationaler Ebene durch die kapitalistische Entwicklung gestellt sind. Auch diese Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. (Die übrigen drei Kundgebungen, die am anderen Tage stattfanden, nahmen einen ähnlichen Verlauf. D. Red.)

Aus diesen Teilberichten geht hervor, daß der Internationale Bergmannstag auch in Frankreich eine große Begeisterung für die sozialistischen Zielsetzungen der Bergarbeiterinternationale auslöste. Ueberall Massenbesuch und das entschiedene Bekenntnis für unsere bekannten Forderungen, die den Kohlenkrieg beenden und den Bergarbeitern in allen Staaten eine gesicherte und menschenwürdige Existenzbasis sichern sollen.

Die Bergarbeiterinternationale tagte in Brüssel.

Unter dem Vorsitz des deutschen Kameraden August Schmidt behandelte das Internationale Bergarbeiterkomitee in seiner Brüsseler Sitzung am 13. und 14. Dezember eine Reihe von verwaltungstechnischen, sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Eingangs der Sitzung gedachte Kamerad Schmidt mit bewegten Worten des Heimgangs des verdienten Präsidenten der Bergarbeiterinternationale, Joseph De Jardin, dessen Andenken hochzuhalten immer eine Ehrenpflicht der Internationale sein wird. In seine Gedankenspur schloß Schmidt auch den kürzlich verstorbenen Vorsitzenden des österreichischen Bergarbeiterverbandes, Janecel, mit ein. Namens des englischen Bergarbeiterverbandes unterführte Kamerad Edwards diese tief empfundene Beileidskundgebung.

Das Komitee beschäftigte sich sodann mit den von dem sogenannten Bierländer-Ausschuß eingeleiteten Propagandaarbeiten in dem lauzemburgisch-löwringischen Industriebezirk. Die dort herrschenden Zustände bilden einen sozialen Gefahrenherd für alle umliegenden Länder, nicht zuletzt auch für das Saargebiet. Es gibt dort Fälle, wo hauer bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit einen Lohn verdienen, der über Gold umgerechnet, beispielsweise nur etwa die Hälfte der Ruhehöhe beträgt. Die gewerkschaftliche Organisation dieser am ärgsten ausgebeuteten Arbeiter ist eine Aufgabe, die sich die Bergarbeiterinternationale ebenso angelegen sein lassen muß, wie die für diese Bezirke in Frage kommenden Landesverbände. Zu der für den 18. Dez. nach Mex. einberufenen Tagung des Bierländer-Ausschusses wird die Bergarbeiterinternationale einen Vertreter entsenden, dessen Bericht zur Grundlage einer eventuellen finanziellen Hilfeleistung gemacht werden soll.

Leider ist die Finanzlage der Internationale, die vom Komitee sehr eingehend beraten worden ist, nicht so, daß der-

artige Hilfeleistungen ohne weiteres vorgenommen werden können. Die Prüfung der Kassenverhältnisse ergab, daß trotz parlamentarischer Wirtschaftsführung, die von den Kassenprüfern Lombard und Berger festgestellt wurde, die vorhandenen Mittel zur Deckung der Unkosten des Sekretariats nicht ausreichen. Das Komitee beschloß daher, durch Einziehung eines Extrabeitrages für 1932 die Beiträge auf 5 Schilling je 1000 angeschlossene Mitglieder zu erhöhen.

Hierauf nahm das Komitee eine Anzahl von Situationsberichten entgegen, so über die Lage in Portugal, wo 2000 Bergarbeiter wegen ihrer außerordentlich schlechten Lebensverhältnisse in Streit getreten sind. Aus Belgien konnte eine leichte Besserung der Lage berichtet werden, die sich auch in einer Verminderung der Halbenbestände von etwa 4 Mill. To. auf 2 1/2 Mill. To. ausdrückt. Die belgischen Löhne, die nach dem Streik zunächst bis zum 1. November stabilisiert waren, blieben bis zum 1. Januar unverändert im Kraft. Die Einführung des Krümpersystems und die Verlegung von arbeitslosen Bergarbeitern in andere Reviere stößt in Belgien auf größere Schwierigkeiten, da zahlreiche Arbeiter ein Häuschen haben, das sie nicht im Stich lassen wollen und auch nicht anderweitig veräußern können. In England, wo die Löhne nach bis Mitte nächsten Jahres stabilisiert sind, sind schon jetzt Verhandlungen im Gange, um zu einem neuen Reichstarif zu gelangen, den aber die Zeichenbesitzer grundsätzlich ablehnen.

Die weiteren, von den deutschen, französischen, holländischen und luxemburgischen Kameraden gegebenen Berichte mündeten das gegenwartsbild der internationalen Kohlenwirtschaft ab, welches hier und da zwar einige Lichtpunkte erkennen läßt, im ganzen aber noch so düster ist, daß die von der Bergarbeiterinternationale vorgeschlagenen wirtschaftlichen und sozialen

Organisationsmaßnahmen nach wie vor dringlich bleiben. Das hat das Internationale Komitee nach näherer Prüfung der in zwischen in Genf und anderswo unternommenen Schritte in zwei Entschliessungen zum Ausdruck gebracht, die am Schluß der Sitzung einstimmig angenommen wurden. Sie lauten:

Kohlenwirtschaft.

„Das Internationale Komitee hat in seiner Sitzung vom 13. und 14. Dezember in Brüssel erneut das Problem der internationalen Kohlenwirtschaft besprochen und auf Grund der Berichte der Delegierten festgestellt, daß die Lage des Bergbaues in allen Ländern noch weiterhin schlecht ist. Es fordert daher nachdrücklich, daß die auf ein internationales Abkommen hinzielenden Vorstöße durchgeführt werden und verlangt vom Vorbereitenden Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz, diese Vorstöße auf die Tagesordnung zu setzen, um sie zu einer baldigen Verwirklichung zu bringen.“

Arbeitszeit.

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat in seiner Sitzung vom 13. und 14. Dezember in Brüssel davon Kenntnis genommen, daß das Internationale Arbeitsamt die Einführung der internationalen Vierzigstundenswoche prüft. Es unterstützt diese wichtige Forderung der internationalen Arbeiterbewegung, die es für geeignet hält, die Arbeitslosigkeit erheblich zu verringern. Es verlangt vom I.A., daß anlässlich der Beratung dieser Frage auch die Ratifizierung des Genfer Abkommens vom 1931 über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau von allen beteiligten Ländern mit in Betracht gezogen wird.“

Holt die Reserven heran!

Ein arbeitsloser Verbandskamerad schreibt uns:

Politische und parlamentarische Rechte der Arbeiterschaft sind außer Kraft gesetzt, die parlamentarische Maschine funktioniert nicht mehr. Die Schuld daran tragen die Diktaturpartei, die siegreichen Nazis und Kommunisten. Politisch und parlamentarisch stehen infolgedessen der Reaktion keine Kräfte, d. h. voll wirksamen Kräfte entgegen. Das einzige Bollwerk, das die Reaktion hindert hat, ihre privatkapitalistischen Maßnahmen zur Krisenüberwindung rücksichtslos anzuwenden, sind die freien Gewerkschaften. Was mit dem Lohn, der Arbeitszeit, den betrieblichen Rechten der Arbeiterschaft ohne dies gewerkschaftliche Bollwerk geschehen wäre, darüber dürfte Klarheit herrschen. Aber trotz der Existenz dieses Bollwerks, das in den hinter uns liegenden 14 Jahren kräftig genug war, manche Errungenschaft zu garantieren, hat die organisierte Arbeiterschaft an Terrain verloren. Warum? Das gewerkschaftliche Bollwerk war nicht stark genug, um allen Angriffen ohne Verluste zu widerstehen. Deshalb dürfen wir nicht müßig werden. Nichts wäre schlimmer als ein Fatalismus. Mehr denn je gilt es zu bebenken: Kapitalistische Krisenüberwindung bedeutet maßlose Verelendung und Barbarei.

Das wollen wir nicht! Einziges Kraftzentrum gegen den kapitalistischen Verelendungsprozeß sind die freien Gewerkschaften. Sie sind aber momentan nicht stark genug, um den sozialistischen Ausweg, den wir unter allen Umständen erzwingen müssen, zu erkämpfen. Es müssen deshalb die letzten Reserven heran! Letzte Reserven? Jawohl! Das sind alle noch unorganisierten Arbeiter. Sie aus ihrer Reserve herauszubringen, die gesamte Arbeiterschaft zu mobilisieren, ist Aufgabe der Organisierten. Mit doppelter Kraft gilt es jetzt, den Unorganisierten Marsch zu machen, daß wir den Sozialismus erkämpfen müssen, wenn wir nicht weiter verelenden wollen. Instinktmäßig fühlt auch der Unorganisierte die große Gefahr, in der sich die Arbeiterschaft befindet. Diesen Instinkt wecken, das Klassenbewußtsein zu schärfen und den Organisationswillen zu steigern, ist Gebot der Stunde.

52. Woche

Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 18. bis 24. Dezember 1932

Mistfrauen; Frauen gegenüber jedoch war er völlig harmlos. Es fiel ihm gar nicht auf, daß ein irisches Mädchen, dem die eigenen häuslichen Sorgen reichlich zu schaffen machten, sich plötzlich um einen Dagobobn kümmere. Er dachte gar nicht daran, daß es im Kohlenrevier genügend frange irische Kinder gebe, denen Mary den Terrabm hätte bringen können. Und als er Rosas Erraunen sah, die früher nie mit Mary zusammengetroffen war, hielt er es für die rührende Dankbarkeit der Armen.

In der Tat gibt es verschieden geartete Frauen, und kein Mann vermag alle zu durchschauen. Hal hatte den Kadnerinnen-typus beobachtet, die jungen Mädchen, die sich mit Spizzen und Bändchen schmücken, Blide werfen und auffallend lachen, um die Aufmerksamkeit des Mannes zu erregen. Er war mit dem Typus der jungen Dame aus der Gesellschaft bekannt, die das gleiche Ziel mit mehr Gewandtheit und Anmut anstrebt. Gab es jedoch einen Typus, der kleine Dagobobn auf den Schoß nahm, ihnen zärtliche irische Rosemorte zuflüsterte und sie aus einem Köffel fütterte? Hal hatte nie von dieser Frauenart vernommen, und er fand, daß die rote Mary ein hübsches Bild darbot, eine keltische Madonna mit dem sizilianischen Kind im Arm.

Er bemerkte, daß sie das gleiche verblühte blaue Kattunkleid mit der geflickten Schulter trug. Obwohl er ein Mann war, begriff er doch, daß Kleider im Leben der Frau eine bedeutende Rolle spielen; es schien ihm, als sei das blaue Kattunkleid Marys einziges Gewand. Da er es jedoch stets frisch geplättet sah, nahm er an, sie müsse zumindest noch ein zweites besitzen. Wie immer dem auch war, nun sah sie hier, frisch und sauber, hatte mit dem reinen Kleid auch die versprochenen „Gesellschaftsmantieren“ angelegt, scherzte und lachte, genau wie eine Schönheit der Luxuswelt, die sich für einen Ball gepudert und geschmückt hat.

Bei den früheren Zusammenkünften mit diesem interessanten jungen Mann war sie mürrißig und verdrossen gewesen; dies schien ihn abgeschreckt zu haben. Vielleicht gelang es, ihn durch Weiblichkeit und gute Bäume zurückzugewinnen.

Sie neckte ihn mit feinem verbeulter Kopf und schmerzenden Rücken und erklärte, er sähe zehn Jahre älter aus, eine Behauptung, die ihr Hal aufs Wort glaubte. Auch scherzte sie darüber, daß er unter einem Slowaken arbeite, was anscheinend einen neuen Verlust an Ansehen bedeutete. Das war ein Witz, an dem die Minettis teilnehmen konnten, besonders der kleine Jerry, der viel Sinn für Witze hatte. Er berichtete auch Mary sofort, daß Hals neue Stelle ihn fünfzehn Dollars und etliche Whiskys bei O'Callahan gekostet habe, und daß Mike Sitoria Hal ein „grünes Maultier“ nenne. Auch beklagte sich der kleine Jerry bitter über den jetzigen Stand der Dinge. Früher hatte ihn Hal allerlei schöne, neue Spiele gelehrt, nun war er stets zu müde, um sich mit ihm abzugeben. Auch hatte der große Freund in früheren Tagen viele lustige Lieder gesungen, eines davon handelte von einem „Affenbaum“. Der kleine Jerry

wollte wissen, ob Mary jemals so einen Baum gesehen habe. Er wurde nicht müde, sich ihn vorzustellen.

Als Mary sich ansah, nach Hause zu gehen, erhob Hal sich mit schmerzenden Gliedern, um sie zu begleiten. Sie betrachtete ihn mit ernsten Augen, es war ihr bisher nicht klar geworden, wie sehr er leide. Als sie zusammen dahinschritten, sagte sie: „Warum übernehmen Sie eine solche Arbeit, Sie haben es ja nicht nötig?“

„Doch, ich habe es nötig. Ich muß mir mein Leben verdienen.“

„Nicht auf diese Art. Ein gewandter junger Mann, wie Sie, ein Amerikaner!“

„Ich glaube, es würde interessant sein, in einer Grube zu arbeiten.“

„Nun, da Sie es kennengelernt haben“, sagte das Mädchen, „können Sie doch fortgehen.“

„Es wird mir gar nicht schaden, ein wenig hart zu arbeiten.“

„Das können Sie nicht wissen. Man kann Sie jeden Tag auf einer Tragbahre heraufbringen.“

Ihre „Gesellschaftsmantieren“ waren verschwunden. Die Stimme klang hart und bitter, wie stets, wenn sie vom Nordtal sprach.

„Ich weiß, was ich sage, Joe Smith. Habe zwei Brüder im Bergwerk verloren, zwei schöne, starke Jungs. Und mehr als einen Burchen sah ich lachend einfahren und als Leiche, oder noch ärger, als Krüppel wieder heraufkommen. Manchmal ist es mir, als müßte ich mich bei der Schachteleinfahrt aufstellen und allen zurufen: Geht zurück! Geht zurück! Geht heute noch den Canon hinunter. Verhungert, wenn es sein muß, bettelt, wenn es nicht anders geht, nur sucht eine andere Arbeit, als die in den Gruben!“

Ihre Stimme war zu einem leidenschaftlichen Protest angegeschwollen, nun kam noch ein anderer Ton hinzu, ein Ton persönlicher Angst: „Und jetzt ist es noch ärger, seit Sie gekommen sind, Joe! Zu sehen, daß Sie, jung und stark und so gar nicht wie die anderen, die Grubenarbeit aufnehmen. Oh, gehen Sie fort, Joe, gehen Sie fort, solange Sie es noch können!“

Ihre Heftigkeit verlegte ihn in Erraunen. „Sorgen Sie sich doch nicht um mich, Mary“, sagte er. „Es wird mir nichts geschehen. Außerdem werde ich nach einiger Zeit gehen.“

Der Weg war uneben und beschwerlich, er hatte ihren Arm genommen, um sie zu stützen. Nun fühlte er, wie sie zitterte, und fuhr rasch fort: „Nicht ich sollte fort, Mary, Sie selbst sollten es. Sie haben den Ort, es ist Ihnen furchtbar, hier zu leben. Haben Sie nie daran gedacht, fortzugehen?“

Sie schwieg eine Weile. Als sie endlich antwortete, war die Erregung aus ihrer Stimme geschwunden, die nun tonlos und tot vor Verzweiflung klang. „Es hat keinen Sinn, an mich zu denken. Ich kann nichts anfangen, ein armes Mädchen kann überhaupt nichts anfangen. Ich habe es versucht, es ist, als

renne man gegen eine Steinmauer an. Nicht einmal das Neißegeld kann ich mir zusammensparen. Ich habe es versucht, seit zwei Jahren spare ich. Wieviel glauben Sie, daß ich zusammenbrachte, Joe? Sieben Dollars! Sieben Dollars in zwei Jahren! Nein, man kann kein Geld ersparen an einem Ort, wo soviel herzerreißende Dinge geschehen. Man kann die Leute um ihrer Freiheit willen hassen, aber man muß doch helfen, wenn ein Mann getötet und seine Familie fortgeschickt wird, im härtesten Winter und ohne Dach über dem Haupt.“

Und wieder fühlte er, wie sie zitterte. Der Weg war nach beschwerlicher geworden, und er legte, einer impulsiven Zuneigung nachgebend, den Arm um ihre Taille. In der Welt des Müßigganges hätte er derart gehandelt, und er glaubte das auch bei der Tochter eines Bergmanns tun zu dürfen. Da er sie näher an sich zog, fühlte er mehr, als er es hörte, daß sie schluchzte.

„Mary“, flüsterte er, und sie blieben beide stehen. Fast unbewußt legte er auch den andern Arm um sie. Einen Augenblick später berührte ihr warmer Atem sein Gesicht; sie weinte und bebte in seinen Armen. „Joe!“ raunte sie, „Joe! Nimm du mich fort von hier!“

Sie war eine Rose im Kohlenrevier, und Hal fühlte, daß ihn tiefe Rührung erfaßte. Hell schimmernd zog in der mitternächtlichen Nacht der Liebe vor seinen Augen dahin, unter einem still leuchtenden Mond, der auch hier die gleiche Botschaft verkündete, wie in einem italienischen Garten der andern Welt. Doch gar bald empfand Hal, wie ihn eine kaltschauernde Angst überkam. Dahin wartete ein Mädchen auf ihn, außerdem war in all diesen Wochen ein Entschluß in ihm gereift, der Entschluß, die eigene unverdiente Freiheit und Kultur den Armen zu vergüten, indem er sie nicht mehr aussaugte, keinen einzigen von ihnen. Dies besorgten ja bereits die Jeff Cottons zur Genüge.

„Mary“, bat er, „wir dürfen das nicht.“

„Weshalb nicht?“

„Weil — ich nicht frei bin. Es gibt ein anderes Mädchen...“

„Er will sie erschrecken, doch verhartete sie in seinen Armen.“

„Wo?“ fragte sie leise.

„Zu Hause“, sie wackelt auf mich.“

„Warum hast du es mir nicht früher gesagt?“

„Ich weiß nicht.“

Sie gab eine Antwort, schluchzte auf und löste sich langsam, ganz langsam aus seinen Armen. Er bekämpfte die Neigung, die ihn trieb, sie nochmals an sich zu ziehen. Sie war schön, lebensvoll — verlangte so sehr nach Glück.

Er beherrschte sich, und einen Augenblick lang fanden sie einander schweigend gegenüber. Dann fragte er demütig: „Wir können dennoch Freunde bleiben, nicht wahr, Mary? Sie wissen doch, wie leid es mir tut.“

Sie aber konnte kein Mitleid nicht ertragen. „Es tut nichts! Ich glaube nur, ich könnte vielleicht doch fort von hier, das ist alles, was Sie mir bedeuten.“ (Fortsetzung folgt)

Raubwirtschaft im polnischen Bergbau.

Durch den Niedergang der Weltwirtschaft bedingt, liegen die Kohle ausführenden Länder in einem schweren Konkurrenzkampf, in dem anscheinend jedes Mittel recht ist, um den Konkurrenzrenten niedrigeren. Die Kosten dieses Kampfes trägt natürlich weder der Exporteur noch der ausländische Verbraucher, sondern einzig und allein der inländische Verbraucher durch überhöhten Kohlenpreis und der Bergmann durch ständig sinkende Löhne. Auf diese unehrliche Weise werden nämlich die Ausfuhrkosten und die erheblich niedrigeren Preise der ins Ausland gehenden Kohle nebst einem noch erheblichen Gewinn eingebracht. Um diesem unehrlichen Spiel ein Ende zu machen, verlangt die Bergarbeiterinternationale schon seit Jahr und Tag eine internationale Abfah- und Preisregelung durch internationale Verständigung. Dabei ist leider bislang nichts weiter herausgekommen als einige Konferenzen in Genf, dank der ablehnenden Haltung der Grubenbesitzer unter Mitwirkung der Regierungen.

Die rückwärtslose Kohlenausfuhrpolitik betreiben wohl die Herren der polnischen Kohle. Um dieser Kohle den erstrebten Absatz im Ausland, besonders in Skandinavien, zu sichern und die englische Kohle aus dem Felde zu schlagen, wird den Käufern ein Preis angeboten, der erheblich selbst unter den Gestehungskosten liegt. Zu welchen Auswüchsen diese Ausfuhrpolitik führt, beweist das unbefristete Faktum, daß die obereschlesische Kohle von Danziger Kohlenhändlern wieder nach Oberschlesien zurückgeschickt und dort noch unter dem üblichen Ortspreis verkauft wird. Trotz der zweifachen Fracht auf der langen Strecke Oberschlesien—Danzig machen also die Danziger Kohlenhändler noch einen guten Gewinn.

Wer bezahlt nun die Differenz zwischen Ausfuhrpreis plus Fracht und Gestehungskosten plus Gewinn? Natürlich die polnischen Bergarbeiter, die Verbraucher und Steuerzahler! Dafür bekommen die Bergarbeiter einen erschreckend niedrigen Lohn, die Verbraucher dagegen müssen von allen Kohlenländern den höchsten Kohlenpreis bezahlen, während die Steuerzahler die Ehre haben, die erheblichen Frachtmehrsätze und Ausfuhrprämien zu begleichen. Das machen mit wünschenswerter Deutlichkeit die folgenden Ziffern verständlich: Der Schichtlohn des Hauers betrug im Sommer 1932 in Polen 9,17, der Tonnenpreis 37, der Lohn in Deutschland (Ruhrgebiet) 17,91, der Tonnenpreis 30, der Lohn in England 19,92, der Tonnenpreis 35 Flothy (1 Flothy etwa 45 Pf.). Die Steinkohlenproduktion betrug 1931 in Polen etwa 38 Mill. To. (davon 14 Mill. To. Ausfuhr oder etwa 27 Prozent der Gesamtproduktion), in Deutschland etwa 172 Mill. To. (davon etwa 37 Mill. To. Ausfuhr oder 24 Proz.), in England etwa 250 Mill. To. (davon etwa 50 Mill. To. Ausfuhr oder 20 Prozent). Danach betrug der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Polen 610 Kg., in Deutschland 2280 Kg. und in England etwa 4200 Kg. Diese Verbrauchsziffern lassen er-messen, welche ungeheure Summen die bettelarme Bevölkerung Polens zwecks Aufrechterhaltung ihrer Kohlenausfuhr den Grubenbesitzern zahlen muß. Der den Grubenbesitzern aus der Staatskasse auf Kosten der Steuerzahler gezahlte Zuschuß (Ausfuhrprämie) betrug nämlich ohne die Frachtermäßigung: 18 Mill. Flothy im Jahre 1927, 94 Mill. in 1928, 146 Mill. in 1929, 147 Mill. in 1930 und 192 Mill. in 1931. Für das laufende Jahr werden weit über 200 Mill. in Rechnung zu stellen sein. (Hierbei ist zu beachten, daß diese Summen nur für die ersten acht Monate eines jeden Jahres gelten.)

Trotz dieser beispiellosen Kohlenverschleuderung geht der Export ständig zurück, denn wenn im eigenen Lande der Kohlenverbrauch rapide zurückgeht, muß auch der Export das gleiche tun. Während nämlich die Kohlenausfuhr sonst monatlich um 1,2 Mill. To. schwankte, waren es im September 1932 nur noch etwa 900 000 To. Ingesamt weist die polnische Kohlenproduktion einen gewaltigen Rückgang auf, denn im Juli 1931 betrug sie noch 3,301 Mill. To., im letzten Juli dagegen nur noch 2,354 Mill. To. Diese Tatsache einer gewaltigen Schrumpfung wird

noch deutlicher unterstrichen durch die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Im Januar 1932 wurden insgesamt noch 107 829 Bergarbeiter gezählt. Vier Monate später schmolz die Gesamtzahl auf 92 751 zusammen. In der kurzen Zeit wurden also 15 078 Bergarbeiter entlassen. Seit Mai wurden dann wieder viele Gruben stillgelegt und damit viele Bergarbeiter entlassen, so daß die heutige Gesamtbelegschaft kaum 80 000 Mann betragen wird.

Im Revier Dombrowa werden die meisten Kohlengruben vom französischen Kapital ausgebeutet. Hinter den Kulissen sind nun Bestrebungen im Gange, der französischen Regierung die Erlaubnis zur Einfuhr von 100 000 To. polnischer Kohle nach Frankreich abzuluchsen. Die französischen Kapitalisten spekulieren dabei folgendermaßen: Der polnische Bergarbeiter fordert doppelt soviel Kohle wie der französische, nämlich 1660 gegen 776 Kg. je Schicht. Um 100 000 To. zu fördern, sind in Polen etwa 2000, in Frankreich aber 5000 Bergarbeiter erforderlich. Die letzteren könnte also der französische Bergbau entlassen. Und zwar wären es die polnischen Bergleute, die nach dem Kriege aus dem Ruhrgebiet im französischen Bergbau Beschäftigung fanden. Demgegenüber kann man verstehen, warum die französische Industrie diesem Bestreben keine Hindernisse in den Weg legt. Ein solches Bombengeschäft wäre wirklich nicht zu verachten. Der polnische Botschafter in Paris unterstützt die dahingehenden dunklen Pläne der französischen Kohlenmagnaten und gefährdet so die Existenz von 5000 Bergleuten, die dann Frankreich verlassen und die bergbauliche Arbeitslosenarmee in Polen vermehren müßten. So schützt der polnische Botschafter seine armen Landsleute!

Der polnische Bergbau rechnet bereits mit der Möglichkeit, daß die englische Kohle in den nordischen Ländern siegreich bleibt. Infolge der Abkehr von der Goldwährung, infolge der Schutz-zölle und Kontingenterungsmaßnahmen seitens der englischen Regierung ist diese Möglichkeit auch wahrscheinlich, denn die Nordländer können nunmehr ihre Erzeugnisse an England nur verkaufen, wenn sie englische Kohle verbrauchen. Eine Kohlen-verständigung zwischen Polen, England und Deutschland wäre darum im Interesse aller drei Länder die beste Lösung der höchst unerfreulichen Frage.

Unternehmer und Unorganisierte!

Wie die Unternehmer die Unorganisierten in ihren eigenen Reihen bewerten, geht aus der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 141) vom letzten Jahre hervor. Der Unternehmer Ostar Funke schreibt dort:

„Die Besserung der heutigen Zustände ist nur möglich über die Kartelle. Außenleiter, die sich diesen Kartellen (Organisationen) nicht anschließen wollen, sind zu bekämpfen, denn sie nugen die Selbstsucht und die geistige Arbeit der anderen aus, um nur ihre egoistischen Vorteile zu suchen. Eine Gesellschaftsächtung eines ungekreuzten Kartellpartners (Unorganisierte) ist auch im wirtschaftlichen Leben möglich.“

Aus diesen Worten geht hervor, daß die Unternehmer gegen die Außenleiter in ihren eigenen Reihen einen rücksichtslosen Kampf proklamieren. Dabei haben sie eine Organisation viel weniger als die Arbeiter nötig. Um so mehr kann die Arbeiterschaft von dem fanatischen Organisationswillen der Unternehmer lernen!

monatlich 25 M. ausgibt, für Sonderleistungen dagegen nur 15 M., so erfolgt also keine Erhöhung des Freibetrages. Er-reichen dagegen die tatsächlichen Sonderleistungen den Pauschbetrag von 20 M. monatlich und betragen die Werbungskosten 30 M. (oder umgekehrt), so tritt eine Erhöhung des Freibetrages von 10 M. monatlich ein.

Um die tatsächliche Höhe der Werbungskosten und Sonderleistungen festzustellen, ist es nötig, daß sich jeder Steuerpflichtige eine Aufstellung dieser verschiedenen Ausgaben macht. Dabei kann er bei den Werbungskosten neben den bereits genannten Aufwendungen auch die Unterhaltskosten für ein Fahr- oder Motorrad (wenn er hiermit den Weg zur Arbeitsstelle zurücklegt) einlegen. Ergibt sich aus der Zusammenstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, daß die tatsächlichen Aufwendungen den steuerfreien Pauschbetrag von monatlich insgesamt 40 M. überschreiten, so kann ein Erhöhungsantrag an das Finanzamt gestellt werden. Diesem Antrag muß beiliegen: 1. die Steuerkarte für 1933; 2. eine Aufstellung der tatsächlichen Werbungskosten und Sonderleistungen; 3. Quittungen und sonstige Belege (soweit vorhanden). Dadurch werden Rückfragen vermieden. Beht das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Beschwerde einlegen, über die vom Landesfinanzamt endgültig entschieden wird. Wird dem Antrag entsprochen, so erhält der Steuerpflichtige die Steuerkarte mit einem Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen zurück. Von diesem Zeitpunkt an ist der höhere Betrag vor der Berechnung der Lohnsteuer vom Arbeits-lohn abzusetzen.

Anträge auf Erhöhung der steuerfreien Beträge können an sich jederzeit im Laufe des Jahres gestellt werden. Eine rückwirkende Kraft hat also die Erhöhung nicht. Deshalb ist es ratsam, die Anträge möglichst zu Anfang des Jahres zu stellen. Aufgabe der Rechtsanwaltsstellen und der Arbeitersekretariate wird es sein, die erforderliche Aufklärung zu verbreiten.

Bergarbeiternot in Mansfeld.

Aus dem Mansfelder Bergbau wird uns geschrieben:

Seit 1930 befindet sich das Lohnniveau des Mansfelder Bergarbeiters in absteigender Linie. Soll es noch weiter sinken? Wir sind der Meinung, daß die unterste Grenze des Lohn-niveaus erreicht ist, die nicht mehr unterschritten werden kann und darf. Was führt der Kumpel für ein Arbeitsleben, der sich zum Antritt der Schicht in der Waschlauze umkleidet, mit dem Förderkorb in die Tiefe läuft und an seinen Arbeitsplatz vor Ort geht? Was weiß er von seinem Werke, wo er arbeitet? Er sieht den Förderkorb, hängt seine Kontrollmarke an, schuftet in Nässe, dumpfer, ungesunder Luft, und der Gesteinstaub füllt ihm die Lunge. Oder: er arbeitet in der glühenden Hitze der Hochöfen, dem Wechsel von Hitze und Kälte ausgesetzt, deren Folgen er bald an seinem Körper zu fühlen bekommt. Er spürt von seinem Werke nur eins: schnellere und immer schnellere Arbeit, Mehrleistung, ein wachsendes, rasendes Fehitempo. Das ist es, was ihm Tag für Tag zum Bewußtsein gebracht wird. Kennt er die Personen des Werkes? Er kennt seinen Steiger, seinen Aufseher. Auch sieht er hin und wieder den Betriebs-leiter — oftmals Menschen von seinem Fleische und Bein. Vielfach waren diejenigen, die jetzt Unteroffiziers- und Feldwebel-dienste als Antreiber verrichten müssen, selbst einmal Proleten.

Wie sieht sein Einkommen, seine Lebenshaltung aus? Betrachten wir das Einkommen eines Hauers, der bestbezahlten Gruppe, unter Berücksichtigung der Abzüge und der notwen-digsten Bedürfnisse, dann ergibt sich für 1932 folgendes Bild: Bruttoeinkommen eines Hauers pro Schicht 6 M., mal 282 im Jahre = 1692 M., Beiträge zur Sozialversicherung pro Jahr 287,64 M., Steuern 126 M., Bürgersteuer 24 M. Als Netto-einkommen für den bestbezahlten Arbeiter bleiben demnach jähr-lich etwa 1200 M.

Ist die Leistung des Mansfelder Arbeiters geringer ge-worden? Nein! Wurden 1913 mit 23 000 Mann Belegschaft 20 000 To. Kupfer erzeugt, so erzeugen jetzt 13 000 Mann Beleg-schaft 24 000 To. Kupfer. Will man behaupten, daß die Lei-stungssteigerung nur auf die Mechanisierung zurückzuführen ist? Den größeren Teil der Mehrleistung bewirkt der Kumpel. Wohl bewirkt die Maschine ein schnelleres Abhauen der Gesteinsmassen, wohl bewirkt die Verbesserung der Hochöfen eine höhere Schmelz-leistung. Wer aber bewältigt die gelassenen Gesteinsmassen vor Ort, daß sie zu Lage gefördert werden können? Wer stürzt den Mehrbedarf an Minern in den glühenden Schlund des Hoch-ofens, um die höhere Schmelzleistung zu erreichen? Der Kumpel!

Seit 1930 fortwährende Lohnkürzungen, aber nicht nur ein Gleichbleiben, sondern eine Steigerung der Leistung. Liegt es nicht im Interesse der Fortführung des Mansfelder Kupferberg-baues, daß die Gesundheit der Mansfelder Bergarbeiter und somit ihre Leistungsfähigkeit erhalten bleibt? Liegt es nicht im Interesse der wachsenden Bevölkerung, daß eine weitere Kaufkraft-verminderung des Mansfelder Bergarbeiters unterbleibt? Der Lohn darf nicht mehr gesenkt werden, weil schwere soziale und volkswirtschaftliche Schäden die Folgen sind und dem Mans-felder Bergarbeiter für seinen schweren Beruf ein anständiges, menschenwürdiges Dasein gebührt!

Irreführende Unfallziffern

der Saarbergbehörde. — Eine Berichtigung beweist es.

Unsere Kritik an den unzulässigen Unfallvergleichen des Oberbergamts in Saarbrücken in dieser Zeitung (Nr. 48 vom 26. November d. J.) löste auf der Gegenseite eine „Berichtigung“ aus. An sich ist diese „Berichtigung“ rechtlich und sachlich un-berechtigt. Wenn wir sie trotzdem aufnehmen, dann aus Grün-den, die der Leser in unserer Erwiderung finden wird. Die Berichtigung lautet:

„Irreführende Unfallziffern der Saarbergbehörde.“

Zu dem Artikel mit vorstehender Ueberschrift auf Seite 283 der Nummer 48 der Wochenschrift „Die Bergbau-Industrie“ vom 26. November 1932 haben wir folgendes richtigstellend zu be-merken:

1. Es gibt in Saarbrücken kein französisches Oberbergamt, sondern das Oberbergamt Saarbrücken ist eine Behörde der Regierungskommission des Saargebietes, wie andere Behörden auch (z. B. die Abteilung des Innern, die Abteilung für Fi-nanzen usw.).

2. Es ist nicht wahr, daß das Oberbergamt Saarbrücken die früher im Saargebiet geltende preußische Grundlage der Un-fallstatistik umgewandelt hat in eine in Frankreich gebräuchliche.

Wahr ist, daß heute noch die Unfallstatistik des Saarberg-baues nach den in Preußen geltenden Richtlinien für den preu-ßischen Bergbau aufgestellt wird; siehe Erläuterungen zur Sta-tistik der Unfälle im preußischen Bergbau, Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen Band 72 Seite B 365, Band

Wie verringert man die Lohnsteuer?

Jeder einzelne Arbeiter, der seine Steuerkarte für 1933 er-hält, muß in seinem eigenen Interesse diese Frage beantworten. Zuviel bezahlte Lohnsteuer wird bekanntlich nicht mehr erstattet, deshalb müssen alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten beizutun ausgeschöpft werden, um die Lasten zu verringern.

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer besteht die Mög-lichkeit, alle wirtschaftlichen Belastungen, für die das Einkommen-steuergezeß Minderungen vorsieht, im einzelnen zu berücksichtigen. Diesen Vorteil genießen die Lohnsteuerpflichtigen nicht. Dafür werden aber bei den Lohnsteuerpflichtigen gewisse Frei-beträge ganz allgemein berücksichtigt. Sie gelten für Existenz-minimum, Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar in folgender Höhe (in Mark):

	jährlich	monatlich	wöchentlich
Existenzminimum	720,—	60,—	14,40
Werbungskosten	240,—	20,—	4,80
Sonderleistungen	240,—	20,—	4,80
Insgesamt:	1200,—	100,—	24,—

Diese Freibeträge, zu denen bei verheirateten Arbeit-nehmern noch die Familienernährungen hinzu-kommen, werden bei allen Arbeitnehmern vor der Berechnung der Lohnsteuer vom Arbeitslohn abgezogen. Geht der Arbeitslohn über die Freibeträge nicht hinaus, so findet ein Steuerabzug nicht statt. Bei allen übrigen Arbeitnehmern entsteht die Frage, ob die Freibeträge die tatsächlichen Aufwendungen decken, die nach dem Einkommensteuergesetz steuerfrei bleiben sollen, und es muß sich jeder folgendes klarmachen:

Das steuerfreie Existenzminimum (720 M. jähr-lich, 60 M. monatlich, 14,40 M. wöchentlich) macht die Löhne bzw. Lohnanteile steuerfrei, die nach Meinung des Gehegbers zur Sicherung der nackten Existenz nötig sind. Diese Existenzsicherung erfordert in allen Fällen den gleichen Betrag. Darum besteht auch im allgemeinen keine Möglichkeit, eine Erhöhung des steuer-freien Existenzminimums durchzusetzen.

Nur wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, wenn z. B. eine außergewöhnliche Belastung durch Unter-halt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körper-versehrung, Unglücksfälle oder durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben ent-stehen, so kann der steuerfreie Lohnbetrag vom zuständigen Fi-nanzamt erhöht werden. In diesen Fällen, insbesondere bei Unterstützung mittelloser Angehöriger (Eltern, Kinder usw.) wird durch zwangsläufige Ausgaben das Ein-kommen so stark gemindert, daß das Existenzminimum nicht gesichert ist. Deshalb kann das Finanzamt eine Erhöhung vor-nehmen. Voraussetzung dafür ist, daß der Steuerpflich-

tige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist und wenn möglich, durch Re-ch-nungen, Quittungen oder sonstige Belege glaub-haft macht. Dem Antrag muß die Steuerkarte 1933, die für diesen Zweck vom Arbeitgeber ausgehändigt werden muß, bei-gelegt werden. Beht das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Einspruch einlegen. Ob das zweckmäßig ist, läßt sich nur nach dem einzelnen Fall beurteilen. Die Zubilligung eines erhöhten steuerfreien Lohnbetrages ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Da es sich um eine Kannbestimmung und nicht um eine Mußbestimmung handelt, wird die Beschreitung des Rechtsweges nur dann Erfolg versprechen, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig ist.

Berücksichtigt der sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag“ das Existenzminimum, so stellt der Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen (480 M. jährlich, 40 M. monatlich, 9,60 M. wöchentlich) eine steuerliche Vergünstigung für zweierlei dar.

Mit den Werbungskosten werden die zur Erwerbung, Sicherung und zum Unterhalt gemachten Aufwendungen steuer-lich berücksichtigt. Diese Aufwendungen lehren bei jedem Lohn- und Gehaltsempfänger wieder. Darunter fallen z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits-stätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs ergeben. Dazu gehören nicht Ausgaben zur Unterhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des Steuerpflichtigen.

Zu den steuerfreien Sonderleistungen rechnen folgende Ausgaben:

1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionisten;
2. Beiträge zur Sterbekasse;
3. Lebensversicherungsprämien;
4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fort-bildung;
5. Kirchensteuer;
6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgezählt sind, auch solche Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsange-hörigen macht.

Eine Erhöhung des Pauschbetrages für Wer-bungskosten und Sonderleistungen wird zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M. monat-lich übersteigen. Wenn ein Steuerpflichtiger für Werbungskosten

